

Wolfgang Thierse

**Deutschland als Einwanderungsland:
Integration als die große Aufgabe der Zukunft**

(Alfred-Delp-Haus, Kassel am 12. April 2016)

25 Jahre ist das erst her: Die friedliche Revolution, die Überwindung des Ost-West-Systemkonflikts, die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung Europas. Und wir erleben schon wieder eine neue, dramatische Wendung der Geschichte. Hunderttausende Flüchtlinge stürmen nach Europa, nach Deutschland – eine Bewegung, die vermutlich anhalten wird und die manche von einer neuen Völkerwanderung sprechen lässt. Sie trifft auf ein verunsichertes, zerstrittenes Europa, Deutschland darin eingeschlossen. Keiner weiß genau, welche Veränderungen diese Entwicklung bewirken wird, vermutlich aber werden die Wirkungen der nun nicht mehr leugbaren Tatsache, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft geworden ist, viel folgenreicher sein als die der Wiedervereinigung.

So wie die deutsche und europäische Vereinigung Teil eines größeren und weiter anhaltenden Prozesses – den wir Globalisierung nennen – war und bleibt, so ist und bleibt es die Fluchtbewegung. Sie wird Deutschland und Europa noch lange Zeit beschäftigen.

Wir brauchen in den kommenden Wochen und Monaten und Jahren viel mehr an gemeinsamer europäischer Politik in Sachen Flüchtlinge. Es geht um die faire Verteilung von Lasten und um gemeinsame Politik zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir erleben eine dramatische Bewährungsstunde des gemeinsamen Europa: Es ist solidarisch oder es ist nicht!

Wir erleben jedenfalls, wie sich die politische Tagesordnung heftig verändert hat – durch die Hunderttausende die zu uns flüchten, als wäre Deutschland das gelobte Land, das Paradies auf Erden. Welch' riesige Hoffnungen, welche zu befürchtenden Enttäuschungen (denn Deutschland kann das Paradies auf Erden nicht sein), welche große Herausforderung!

Könnten wir Deutschen (frage ich mich und Sie) im 25. Jahr unserer Einheit nicht nur überrascht und verängstigt, sondern auch ein wenig stolz darauf sein, dass ausgerechnet unser Land, das verantwortlich war für das größte Massenverbrechen im 20. Jahrhundert, das Flucht- und Vertreibung verursacht hat – dass ausgerechnet dieses Land Ziel der Hoffnung und Sehnsüchte so vieler Menschen geworden ist?! Dass Deutschland das Image der Sicherheit, der Freiheit, der Menschlichkeit hat?! Dafür können wir uns meinetwegen „moralischen Imperialismus“ (Viktor Orban) vorwerfen lassen. Dieser Vorwurf ist mir lieber, als der Vorwurf anderer Arten von Imperialismus. Dieser kleine, ganz kleine Stolz soll nichts von den Problemen verdecken, die die Einwanderung von Hunderttausenden Fremden nach Deutschland hervorrufen werden. Und er darf nicht in moralischer Überheblichkeit enden.

Gewiss ging und geht es zunächst und auch weiterhin vor allem um unmittelbare Hilfe und um menschenfreundliche Aufnahme und damit um die Bewältigung immenser praktischer Probleme. Die Willkommenskultur, die freundliche Aufnahme durch eine Mehrheit der Deutschen ist sowohl überraschend wie erfreulich. Sie macht mir das eigene Land unendlich viel sympathischer.

Aber wir können sehen, wie schwer das durchzuhalten ist (und haben auch deshalb keinen Anlass zu moralischer Arroganz).

Könnten wir das miteinander verknüpfen: Empathie mit den Flüchtlingen, menschenfreundliche Aufnahme der aus Krieg und Not zu uns Kommenden, das herzliche Willkommen, das so viele Bürger in Deutschland auf beeindruckende Weise gezeigt haben – mit der nüchternen Einsicht, dass diese so sympathische Willkommenskultur übersetzt werden muss in den mühseligen Alltag von Integration, die nicht ohne viele praktische Probleme, ohne soziale und finanzielle Lasten zu haben sein wird! Hier ist politische Rationalität gefragt und nicht der Versuch,

parteipolitisch daraus Kapital zu schlagen oder gar Ängste, Unsicherheiten, Vorurteile, Wut auszubeuten für den eigenen politischen Vorteil.

Wir ahnen, dass die deutsche Gesellschaft sich durch Migration stark verändern wird. Sich auf diese Veränderung einzulassen, ist offensichtlich eine anstrengende Herausforderung, erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst, vor allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Pegida ist dafür ein schlimmes Symptom. Die Wahlerfolge der AfD sind ein anderes.

Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen: Das alles wird unsicher, geht gar verloren. Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden, die uns nahegerückt sind – durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die Folge sind Entheimungsängste, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressivem Protest ausdrücken.

Der Mechanismus, das Muster ist nichts Neues: In Zeiten von Verunsicherung, von Ängsten werden Menschen besonders empfänglich für die Botschaften der Vereinfachung, der Schuldzuweisung, also des Rassismus, des Antisemitismus, der Ausländerfeindschaft, der Demokratie-Ablehnung und schließlich der Gewalt. Gefährliche Zeiten. Die Bilder aus Tröglitz, Dresden, Meißen, Heidenau, Erfurt, Nauen und zuletzt aus Clausnitz und Bautzen zeigen es: Fremdenfeindliche Exzesse haben eine breitere Basis als in den 90er Jahren. Die Grenzen zwischen besorgten Bürgern, die ihre Ängste wütend ausdrücken, und den Rassisten und Demokratiefeinden der Neonaziszene sind fließend geworden. Aus Vorurteilen und Angst wird Wut wird Hass wird Gewalt. Jeden Montag, jeden Tag, in Sachsen und anderswo in Deutschland! Im Jahr 2015 gab es 1.000 Straftaten gegen Flüchtlinge über das ganze Land verteilt. In diesem Jahr waren es bereits 270 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte, darunter 29 Brandstiftungen. Eine beunruhigende Situation.

Das ist unsere demokratische Herausforderung und sie ist politisch-moralischer Natur. Dieser Entwicklung zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen: Dem

rechtspopulistischen, ja rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker geworden ist! „Wir können die Wähler der AfD nicht mit den Sprüchen der AfD zurückholen“, hat Volker Kauder neulich zu recht gesagt.

Der Befund von Professor Elmar Brähler (Leipziger Extremismusforscher) ist eindeutig: „Bei den Rechtsextremen wächst die Gewaltbereitschaft. Und bei AfD und Pegida die Duldung von Gewalt.“ (Ich habe die furchtbaren Zahlen genannt.) Die Zahl der ausländerfeindlichen Gewalttaten hat sich im vergangenen Jahr gegenüber 2014 verfünffacht!

Wir müssen also über Pegida und über die AfD reden. Sie haben die Äußerungen führender AfD-Vertreter über möglichen Schusswaffengebrauch an der Grenze gehört, Gewalt gegen Journalisten ist bei Pegida und AfD-Kundgebungen schon fast üblich.

Die Wahlerfolge der AfD sind jedenfalls auch die negative Antwort auf die große, wunderbare Hilfsbereitschaft und Offenheit so vieler Deutscher gegenüber Flüchtlingen, Und sie sind ein Symptom für eine tiefe Spaltung der Gesellschaft.

Was ist zu tun? Worüber müssen wir uns in unserem Land, in unserer Gesellschaft verständigen? Vor diesem Hintergrund des vielhunderttausenfachen Zustroms von Fremden, der vielen Problemen und Ängste und einer verunsicherten, gespaltenen Gesellschaft. (Ich rede also nicht über die aktuellen politischen Auseinandersetzungen.)

Was also ist zu tun möglich und notwendig?

1.

Notwendig ist Ehrlichkeit im Ansprechen und Aussprechen der Probleme und Herausforderungen durch die Zuwanderung so vieler Menschen. Ohne Beschönigungen, aber auch ohne Dramatisierungen und ohne Hysterisierung, also so sachlich wie möglich, sollten Politiker über diese Probleme sprechen, aber auch die Chancen benennen.

Das heißt vor allem zu begreifen, dass eine pluralistischer werdende Gesellschaft keine Idylle ist, sondern voller sozialem und kulturellem Konfliktpotential steckt. Das heißt auch zu begreifen, dass Integration eine doppelte Aufgabe ist: Die zu uns Gekommenen sollen, sofern sie hier bleiben wollen, heimisch werden im fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden.

Die Erfüllung dieser doppelten Aufgabe verlangt viel Kraft und viel Zeit. Erinnern wir uns an die Integration von 15 Mio. Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945, ein schwieriger Prozess der mindestens zwei Jahrzehnte gebraucht hat. Erinnern wir uns an die sog. „Gastarbeiter“. Der Schweizer Max Frisch hat einmal gesagt: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen und gekommen sind Menschen.“ Die alte Bundesrepublik hat lange der Selbsttäuschung angehangen, dass man sich um die Gastarbeiter und deren Integration nicht kümmern müsse. Die Folgen dieser Fehleinschätzung sind bis heute wahrnehmbar. Und erinnern wir uns an die „innere Einheit“ der Deutschen: Auch nach 25 Jahren sind nicht alle Differenzen überwunden.

Ich rufe diese Erinnerungen auf, um die Dimension von Zeit und Kraft zu verdeutlichen und um ausdrücklich zu sagen, wenn wir die Integrationsaufgabe heute annehmen und erfolgreich bewältigen, dann wird unser Land reicher und lebenswerter sein.

2.

Notwendig sind, selbstverständlich, sichtbare und hoffentlich erfolgreiche Anstrengungen zur praktischen Lösung der Probleme der Aufnahme so vieler Fremder. Dabei wissen wir: Je größer die Zahl, um so größer die Integrationsprobleme. Deshalb sind ja fast alle Politiker der Meinung, dass Begrenzungen der Zuwanderung unvermeidlich sind. Der Streit geht darüber, wie das politisch vernünftig, rechtlich einwandfrei und menschlich anständig gelingen kann.

Es ist verantwortungslos Patentlösungen zu verkünden, diese wecken nur Illusionen und erzeugen um so mehr wütende Enttäuschungen.

Es geht also um ein ganzes Bündel von Anstrengungen und Maßnahmen gleichzeitig, die ich hier nur stichwortartig nenne: Beschleunigung der Verfahren, Rücknahmeabkommen, Verbesserung der Situation in den Flüchtlingslagern, erheblich mehr finanzielle Unterstützung für den UNHCR, um Hilfe dort zu leisten, wo die Not am größten ist. Sodann der Versuch, der mühevollen Versuch, den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden. Verabredungen zur fairen Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union, aber auch im eigenen Land, also Kontingente, ein Einwanderungsgesetz, eine Vereinheitlichung des europäischen Asylrechts usw. usf.

3.

Notwendig ist eine offene und offensive Debatte darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. In einer unsolidarischen, „homogenen“, eingesperrten Gesellschaft? Wir Ostdeutschen haben aber doch nicht die Mauer eingedrückt, damit wir unter uns bleiben, in einer geschlossenen eingesperrten Gesellschaft. Wir wollten doch ins Offene und Freie! Wollen wir also jetzt das vereinigte Land egoistisch und gar mit Hilfe eines Schießbefehls verteidigen und einen Wohlstandsnationalismus oder gar Wohlstandschauvinismus pflegen? Oder wollen wir nicht vielmehr eine Gesellschaft der Grundwerte, der Menschenrechte sein? Und ein Land, das seinen humanen Verpflichtungen nachkommt. Der wichtigste Satz des Grundgesetzes heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Da steht nicht, die Würde des Deutschen ist unantastbar.

Das ist also die doppelte Aufgabe, die der Begriff Integration meint: Sie wird nur dort gelingen, wo beide Seiten, sowohl die zu uns Kommenden wie auch die Aufnahmegesellschaft Integration wollen und das Notwendige dafür tun. Gegen die Mehrheit einer Gesellschaft kann Integration nicht gelingen und ohne die Integrationsbereitschaft und den Integrationswillen der zu uns Gekommenen auch nicht!

4. Darauf müssen wir uns einstellen:

Unser Land wird dauerhaft pluralistischer, also ethnisch und religiös und kulturell vielfältiger und widersprüchlicher werden. Dieser Pluralismus wird keine Idylle sein, sondern steckt voller politisch-sozialer und religiös-kultureller Konfliktpotential.

Nach den (zunächst und vor allem) notwendigen Anstrengungen zu unmittelbarer Hilfe und menschenfreundlicher Aufnahme muss sich unser Land diesem Konfliktpotential stellen, wenn Integration – besser als in früheren Jahrzehnten – gelingen soll. Und diese Herausforderung ist nicht nur politischer und ökonomischer und finanzieller und sozialer Art, sondern ganz wesentlich auch kultureller Natur. Denn wenn in einer migrantischen Gesellschaft, die Deutschland noch mehr werden wird, Integration eine der großen Aufgaben ist und bleiben wird, dann müssen wir eine Vorstellung davon haben, wo hinein die zu uns Kommenden integriert werden sollen. Dann müssen wir die einfache und zugleich manchen unangenehme Frage beantworten, wer wir sind, was wir anzubieten haben, wozu wir einladen.

Und wir könnten dies durchaus mit gelassenem Selbstbewusstsein tun. Schließlich kommen die Flüchtlinge ausdrücklich nach Deutschland, wollen unbedingt zu uns – wegen unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands, gewiss. Aber doch auch wegen unseres Rechtsstaates, unserer Demokratie, unserer politischen Stabilität – die Schutz und Sicherheit und Zukunft verheißen – und also auch wegen des Image der Menschlichkeit, das unser Land sich erworben hat.

1. Punkt:

Was wir anzubieten haben, wozu wir einladen, das ist zunächst und vor allem das Angebot unserer Verfassungswerte, auf die alle gleichermaßen verpflichtet sind, die Einheimischen und die zu uns Kommenden. Das sind die Regeln und Angebote unseres Rechts- und Sozialstaates, die für alle gelten.

Die Grundwerte unserer Verfassung stehen nicht zur Disposition, dürfen es nicht! Unantastbarkeit der Menschenwürde, Gleichberechtigung, Respekt vor den Gesetzen des säkularen Rechtsstaates, Unterscheidung von Politik und Religion, Trennung von Kirche und Staat, Religionsfreiheit und Toleranz, Selbstbestimmung des Individuums (die auch nicht durch Kollektivnormen, auch nicht die einer patriarchalen Kultur, beschränkt werden darf): Diese Werte verpflichten alle, die zu uns Kommenden wie auch die Einheimischen (sie verpflichten also auch AFD, Pegida, Neonazis ...).

2. Punkt:

Des Weiteren: Die deutsche Sprache zu erlernen, Ausbildung und Arbeit zu finden – das sind die ersten und weiteren, notwendigen Schritte von Integration. Sie verlangen Anstrengungen von beiden Seiten – der zu uns Kommenden, denen wir sie abverlangen müssen und dürfen – und der aufnehmenden Gesellschaft, unseres Bildungssystems, der Arbeitgeber, der Gemeinden, die diese Anstrengungen erbringen müssen.

Wenn diese Integration aber gelingt, dann wird sie unserem Wohlstand und unser friedlichen Zusammenleben befördern!

3. Punkt:

Damit sie aber gelingt, stellen sich über das bereits Benannte weitere Fragen, die wir zu beantworten haben. Das sind Fragen nach unserem kulturellen Selbst: Wer sind wir Deutsche, was ist das Eigene? Was sind unsere Gemeinsamkeiten, die den Zusammenhalt einer vielfältiger, widersprüchlicher und konfliktreicher werdenden Gesellschaft ermöglichen und sichern? Wie schützen wir uns vor Parallelgesellschaften und religiösem Fanatismus? Wir begegnen wir Ängsten und Vorurteilen und Entheimatungsbefürchtungen?

(Warum ich das über alle Aktualität, allen tagespolitischen Streit hinaus für wichtig halte, will ich etwas ausführlicher erläutern.)

Für den Zusammenhalt einer pluralistischen Demokratie, einer widersprüchlichen, vielfältigen Gesellschaft reicht offensichtlich nicht das allein aus, auf das ganz selbstverständlich zunächst hingewiesen werden kann und muss: Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der vielgerühmte und gewiss notwendige Verfassungspatriotismus. Auch nicht die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder über den Markt und Arbeitsprozesse miteinander eingehen, nämlich als Arbeitskräfte oder Konsumenten.

Über all dies Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder „Werte“ nennen. Es bedarf tendenziell gemeinsamer

Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Toleranz und Respekt.

Dieses nicht-politische sondern ethische und kulturelle Fundament gelingender Demokratie – das ist nicht ein für alle mal da, sondern es ist gefährdet, ist umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, es muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.“ Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens tragen – über die Zuständigkeit des Bildungssystems hinaus – alle Bürger, insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben auch und in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und zwar im Dialog, in der Debatte miteinander.

4. Punkt:

Gerade in Zeiten heftiger Umbrüche, beschleunigter technisch-wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer und eben ethnischer Veränderungen ist das individuelle und kollektive Bedürfnis nach Vergewisserung und Verständigung, nach Identität besonders groß. Und damit, so meine ich, sind wir im Zentrum der Kultur. Sie – die Kultur und darin insbesondere die Künste – schaffen Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit, in denen die Menschen jenseits ihrer Markttrollen – der Markt kennt uns ja nur als Produzenten und Konsumenten - agieren und sich wahrnehmen können. Hier, in der Kultur, wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und das Fremde reflektiert, kommuniziert, gespielt und gehandelt. Kultur ist eben mehr als normativer Konsens, als individuelle Werteübereinstimmung, auch mehr als das Bewusstsein von der Kostbarkeit und der Gefährdung der Freiheit und der Menschenwürde, mehr als der notwendige Verfassungspatriotismus. Das ist sie alles auch, aber sie ist vor allem Raum der Emotionen, der Artikulation und Affektation

unserer Sinne, Raum des Leiblichen und Symbolischen – wie auch und gerade des Religiösen und des Weltanschaulichen.

Als je konkrete, je bestimmte, je besondere Kultur ist diese aber nicht nur ein Modus, ein Raum von Verständigung, sondern ein immer geschichtlich geprägtes Ensemble von Lebens-Stilen und Lebens-Praktiken, von Überlieferungen, Erinnerungen, Erfahrungen, von Einstellungen und Überzeugungen, von ästhetischen Formen und künstlerischen Gestalten. Als solche prägt Kultur mehr als andere Teilsysteme der Gesellschaft die (relativ stabile) Identität einer Gruppe, einer Gesellschaft, einer Nation. Gilt dies nicht mehr in globalisierter Welt? Darf dies nicht mehr gelten in pluralistischer migrantischer Gesellschaft? Die aber doch gerade das Bedürfnis nach Identität verstärken - und dessen Befriedigung zugleich erschweren. Von Hölderlin stammt der Satz: „Das Eigene muss so gut gelernt sein wie das Fremde.“

Mit den Worten von Daniel Barenboim: „Ich glaube, es ist wichtig, den Ankommenden die hiesige Kultur zu geben. Die Deutschen müssen überwinden, sich andauernd wegen ihrer Kultur und Sprache schlecht zu fühlen ... Sie haben eine grandiose Kultur. Die Flüchtlinge, die herkommen, sollen das lernen.“

„Wer nach Deutschland kommt, muss sich auf den Grundkonsens einlassen, der dieses Land zusammenhält. Dann kann er Teil der Nation werden – egal woher er ist.“ Solche oder ähnliche Sätze hört man jetzt häufig. Und sie sind ja richtig, wenn in den Grundkonsens auch kulturelle Gemeinsamkeiten eingeschlossen sind. Dies allerdings ist durchaus umstritten. Jedenfalls scheint die Frage nach dem Eigenen (als eine wesentlich kulturelle Frage) eigentümlich tabuisiert. Sie gilt irgendwie als anrühlich-konservativ. Das ist sie aber nicht, sollte es wenigstens nicht sein. Lassen Sie mich das noch ein wenig erläutern.

5. Punkt:

Wer nach Deutschland kommt, der kommt in ein geschichtlich geprägtes Land, der kommt – und das ist eine wesentliche Dimension von Kultur – in eine Erinnerungsgemeinschaft.

Ich zitiere den Bundespräsidenten Joachim Gauck: „Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“ So hat er es Anfang dieses Jahres formuliert. „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Gauck spricht hier von einer kulturellen Erbschaft, die nicht auszuschlagen ist.

Integration nach Deutschland hinein enthält diese historisch-kulturelle Zumutung für die zu uns Kommenden, auch wenn und gerade weil sie aus muslimischen Ländern kommen. Charlotte Knobloch formuliert es so: „Wer hier leben will, muss verstehen und respektieren, dass die aktive Erinnerung an den Holocaust ebenso Staatsräson ist wie der Kampf gegen Antisemitismus sowie das Einstehen für die Existenz und die Sicherheit Israels.“ Was Charlotte Knobloch sagt, gilt selbstverständlich nicht nur für die Neuankömmlinge, sondern auch für die Alteingesessenen.

Ich hoffe sehr, dass darüber weitgehende Einigkeit besteht. Aber wir sollten auch wissen, dass die uns in Deutschland vertraute Erinnerungskultur durch die Veränderungen, die der Begriff Einwanderungsgesellschaft meint, auf den Prüfstand gestellt ist. Was taugt von den Traditionen, Institutionen, Methoden, Ritualen für die Zukunft des Gedenkens in einer Einwanderungsgesellschaft? Die Antworten darauf werden wir nur gemeinsam mit den zu uns Kommenden muslimischen Glaubens finden. Wir sollten sie dazu ausdrücklich einladen.

6. Punkt:

Zu der notwendigen Selbstverständigung darüber, was das Eigene ist, was wir in diesem Land den zu uns Kommenden anzubieten haben, wozu wir sie einladen, muss die Antwort auf die Frage gehören, welchen (nicht nur historischen) Rang und welche Gegenwärtigkeit die christlich-jüdische Prägung unserer Kultur (die sie in Widerspruch und Gemeinsamkeit mit dem Prozess der Aufklärung erfahren hat) beanspruchen darf und soll. Diese Frage erzeugt, wenn ich es richtig beobachte, in der Öffentlichkeit nicht selten Reaktionen zwischen Irritation und Unsicherheit, zwischen Trotz und Verschämtheit. Als sei schon der Hinweis etwas Unziemliches und Integrationsfeindliches, dass unsere Kultur (nicht allein, aber doch wesentlich) christlich geprägt ist. Man dient aber der Integration nicht, wenn man sich selbst verleugnet und nur noch „Interkultur“ für zeitgemäß und legitim hält.

Ein kleines Beispiel: Mit Blick auf die Erfahrung mit seiner Tochter an einer Kölner Schule mit einem Migrantenanteil von über 50 Prozent hat Navid Kermani vor einigen Jahren geschrieben: „Gelernt habe ich allerdings auch, dass Integration dort gelingt, wo die heimische – also auf der Schule meiner Tochter: katholische und kölsche – Kultur nicht schamhaft in den Hintergrund gerückt, sondern gepflegt und selbstbewusst vertreten wird. Aus Furcht vor den Reaktionen muslimischer Eltern nicht mehr Advent zu feiern, wie es in manchen Kindergärten oder Schulen geschieht, ist mit Sicherheit das falsche Signal. Es geht nicht darum, sich selbst zu verleugnen, sondern den anderen zu achten. Wer sich selbst nicht respektiert, kann keinen Respekt erwarten.“

Ich zitiere aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (von 2009 zum Sonn- und Feiertagsschutz):

„Die Religionsfreiheit beschränkt sich nicht auf die Funktion eines Abwehrrechts, sondern gebietet auch im positiven Sinn, Raum für die aktive Betätigung der Glaubensüberzeugung und die Verwirklichung der autonomen Persönlichkeit auf weltanschaulich-religiösem Gebiet zu sichern.“

Das ist nach meiner Überzeugung die eigentliche Herausforderung von zunehmendem religiös-weltanschaulichem Pluralismus: Nicht einfach Atheismus, nicht Laizismus ist die Antwort auf „Religion im Plural“, auf Weltanschauungen und Kulturen im Plural, sondern eine Zumutung anzunehmen. Diese Zumutung besteht darin, sich der Anstrengung unterziehen zu müssen, das Eigene zu vertreten und zu übersetzen, den Anderen zu verstehen, eine gemeinsame Sprache zu finden. Jürgen Habermas: „In der Rolle von demokratischen „Mitgesetzgebern“ gewähren sich alle Staatsbürger gegenseitigen grundrechtlichen Schutz, unter dem sie als Gesellschaftsbürger ihre kulturelle und weltanschauliche Identität bewahren und öffentlich zum Ausdruck bringen können.“

Daran werden wir miteinander zu arbeiten haben: An einem gemeinsamen Bürgerbewusstsein über alle kulturellen und religiös-weltanschaulichen Differenzen hinweg, gewissermaßen an einem neuen Wir, das in der Lage ist, Toleranz, gemeinsame Verantwortung und Solidarität zu begründen.

Zum Schluss:

Integration ist eine doppelte Aufgabe: Die zu uns Gekommenen sollen heimisch werden im fremden Land. Und die Einheimischen sollen nicht fremd werden im eigenen Land.

Angst und Hass sind sehr verschiedene Emotionen! Angst überwindet man nicht durch Schulterklopfen oder Beschimpfungen, sondern durch Aufklärung, durch Gespräch, durch Begegnung, durch gemeinsames Handeln. Hass (gegen Fremde, gegen Ausländer, gegen Juden, gegen Demokraten) haben wir offensiv zu begegnen, zu widersprechen und zu widerstehen. Die Artikulation von Besorgnissen ist etwas gänzlich anderes als Hetze. Wir sollten sehr auf solche Unterscheidungen achten und danach handeln.

„Niemand kann verlangen, dass unser Land sich ändert“ (Viktor Orban). – Das ist ein Satz der Angst (von der ich vermute, dass viele Menschen auch in unserem Land sie teilen). Es ist aber auch ein fataler Satz. Denn wir wissen doch: Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft! Das ist doch auch die Erfahrung von 1989: Geschlossene, eingesperrte Gesellschaften bedeuten Stillstand, sind nicht überlebensfähig, müssen überwunden werden!

Deshalb ist es unsere Aufgabe (gerade) als Christen und Juden, als demokratische Bürger, die Ängste bei vielen zu überwinden, die Aufgabe der Integration anzunehmen, die „neue Völkerwanderung“ zu gestalten – europäisch und national – durch klare Regeln (Integrationsgesetz!) und europäische Vereinbarungen. Mit menschlichem Anstand, mit Kraft und Ausdauer, mit langem Atem.

„Ohne Angst und Träumerei“ – so hat es Johannes Rau einmal formuliert.